Massenelend und Arbeitslosigkeit bescherten der KPD ab 1929 Millionen Anhänger. Sie kämpfte gegen die SPD, statt die Republik zu verteidigen.

Partei der Verzweifelten



Sacknäherei in einer Berliner Mietskaserne, 1929

Von DANIEL STEINVORTH

Es war ein eigentümlicher Kommentar, den der junge Redakteur des KPD-Blatts „Die Rote Fahne“ 1931 von seinem Parteivorsitzenden erhielt. Am Rand einer trockenen ökonomischen Analyse kapitalistischer Wirtschaftsprobleme hatte der Genosse Ernst Thälmann eine Bemerkung hinterlassen: „Zu viel zyklische Krise, zu wenig zerbrochene Klosettdeckel.“

Der Redakteur, der junge Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski, begriff sofort. Zerbrochene Klosettdeckel, das war etwas, was Arbeiter aus ihren Betrieben kannten. Das war ein häufiger Beschwerdegrund, ein Synonym für Missstand und Mangel. Volksschulabsolvent Thälmann wollte keine akademischen Höhenflüge, sondern eine Sprache, die seiner eigenen glich.

Der KPD-Chef, fasziniert von der russischen Revolution, glaubte an den raschen Untergang der bürgerlichen Demokratie. Immer heftiger, so Thälmann in einer Rede am 1. Mai 1930 im Berliner Lustgarten, poche die Revolution an den Türen der Kapitalisten. Gegen den „Bürgerblock“, gegen die „Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, die sich gegen die Sowjetunion richten“, marschiere die „revolutionäre Einheitsfront des kämpfenden Proletariats“.

Mit der Wirklichkeit hatten die Beschreibungen des KPD-Chefs indes wenig zu tun. Zudem hatte die Militanz der Kommunisten weite Teile der deutschen Arbeiterschaft verschreckt.

Zwar gewann die KPD in der Schlussphase der Weimarer Republik, als die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreichte, an Gewicht; mit fast sechs Millionen Wählern wurde sie bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 drittstärkste Kraft.

Aber eine linke Einheitsfront gegen die Nazis kam nicht zustande. Zu lange hatten Thälmann und seine Genossen die SPD als Partei der „Sozialfaschisten“, „Klassenfeinde“ und „Arbeitermörder“ geschmäht.



KPD-Vorsitzender Ernst Thälmann, 1932

Die starke Fluktuation ihrer Mitglieder wurde ein Markenzeichen der KPD. So standen 1927 in Berlin-Brandenburg 2373 Eintritten 3577 Austritte und im Jahr darauf 6087 Eintritten 4965 Austritte gegenüber.

Enttäuschte Sozialdemokraten, junge, radikalisierte Arbeiter und Arbeitslose, Elendsproletarier, Männer und Frauen aus den unteren sozialen Schichten, auch aus dem Kleinkriminellen-Milieu, sogenannte Ringbrüder, bildeten das Gros der KPD-Anhänger. Sie standen einer Parteielite gegenüber, in der sich ehrgeizige Arbeiterführer wie Thälmann neben Intellektuellen wie Heinz Neumann und August Thalheimer sammelten.

Doch die staatstragende SPD war noch immer tief in der Arbeiterbewegung verwurzelt; sie beherrschte die Gewerkschaften, die Genossenschaften und vor allem die Betriebe. Dort versuchte die KPD Fuß zu fassen. Um den Aufbau von „Betriebszellen“ kümmerte sich ein Funktionär mit sächselnder Fistelstimme: Walter Ulbricht.

Die Erfolge fielen sehr bescheiden aus: Waren 1927 nur 15 Prozent der KPD-Mitglieder in Betrieben organisiert, waren es 1928 nur noch 12 Prozent. Stattdessen strömten immer mehr Arbeitslose, die mit dem Kommunismus ihre letzte Hoffnung verbanden, in die Partei.

Während die Industrieproduktion auf unter 60 Prozent des Niveaus von 1927 abfiel und die Reallöhne drastisch sanken, stieg die Massenerwerbslosigkeit auf nie gekannte Höhen: von 1,3 Millionen im September 1929 auf über 6 Millionen Anfang 1932. Armut und Elend griffen um sich.

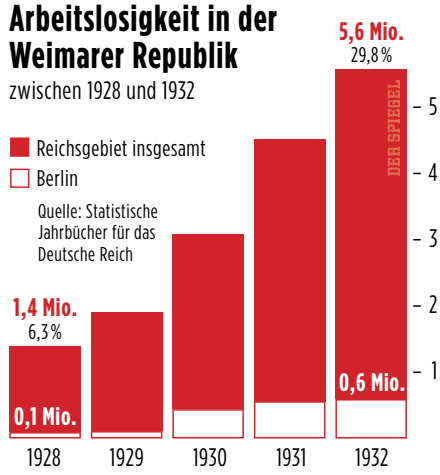
ULLSTEIN BILD (O.); AKG (U.)

In seinem Buch „Spazieren in Berlin“ beschrieb der Schriftsteller Franz Hessel 1929 die Gesichter des Elends. Auf einer Wanderung durch den Norden der Hauptstadt sah er „Meyer’s Hof“, einen berüchtigten Mietskasernenbau, damals eine Hochburg des proletarischen Milieus. Den Autor berührten vor allem die „blassen Kinder, die da herumlungern und auf den Stufen zu den drei, vier oder mehr Eingängen der lichtlosen Quergebäude hocken“ und deren Spielzeuge Mülleimer waren.

Die Zahl der Beschäftigten in Berlin stürzte von 1,06 Millionen im Jahr 1928 auf rund 250 000 im Jahr 1932 ab, Fürsorgeempfänger mussten mit monatlich 51 Mark pro Ehepaar auskommen.

Die angespannte Lage sah die KPD als revolutionäre Chance. Sie musste im „roten Berlin“ Präsenz zeigen und wollte sich nicht an das Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Karl Zörgiebel für den 1. Mai 1929 halten.

Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik
zwischen 1928 und 1932



Der „Blutmai“ mit 33 Toten steigerte den Hass der KPD auf die SPD (siehe Kasten). Auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1929 im Berliner Wedding erklärten die Führer der KPD ihren Kampf gegen die „sozialfaschistische“ Sozialdemokratie zu einem Hauptziel. Thälmann polemisierte: „Wir sind die Partei des Aufstiegs, der Sozialfaschismus die Partei des Niedergangs.“ Es stünden „Krieg und Revolution“ auf der Tagesordnung. Kein Wort von der Verteidigung der Republik.

Nicht Revolutionsstreben, sondern Verzweiflung trieb Hunderttausende Arbeiter zur stalinistischen KPD. In Berlin war sie seit 1930 wählerstärkste Partei, auch im Parlament strotzte sie vor Siegesgewissheit: „Die Kommunistische Partei“, behauptete Ulbricht 1932 im Reichstag, sei „die einzige politische Klassenpartei“, die „die Millionenmassen der Arbeiterschaft“ mobilisiere.

Wegen ihrer überhitzten Revolutionsrhetorik fand die KPD in der Mehrheit der Gesellschaft kein Gehör – auch dann nicht, als sie auf furchtbare Weise recht behalten sollte. Als die SPD 1932 bei der Reichspräsidentenwahl für den Generalfeldmarschall a. D. Paul von Hindenburg als vermeintlichen Gegner Hitlers warb, malten Kommunisten nachts an Häuserwände und Fabrikmauern eine Parole wie ein Menetekel: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

NAHAUFNAHME

Ein sozialdemokratischer Polizeipräsident ließ auf Arbeiter schießen.

„Blutmai“ im Wedding

Das erste Opfer der Polizeikugeln war ein Sozialdemokrat. Der Klempner Max Gemeinhardt war am 1. Mai 1929 gerade von einer SPD-Kundgebung im Sportpalast in seine Wohnung in der Kösliner Straße zurückgekehrt. Dort hörte er Rufe von Polizisten, er solle die Fenster schließen. Er aber wollte mit den Beamten sprechen. Da traf ihn gegen 13.45 Uhr eine Kugel in die Stirn. Auch der Berliner Polizeipräsident, der den Einsatz befohlen hatte, war Sozialdemokrat. Karl Zörgiebel, folgsamer Parteifunktionär von bescheidenem Intellekt, führte seit Oktober 1926 die Berliner Polizei.

Mit Rückendeckung des Reichsinnenministers Carl Severing und des preußischen Innenministers Albert Grzesinski, beide SPD, verfügte Zörgiebel zum 1. Mai 1929 in Berlin ein Demonstrationsverbot.

Das parteipolitische Motiv: Der SPD missfiel, dass die Maidemonstration des Vorjahres von den Kommunisten beherrscht war.

Zörgiebel ignorierte Warnungen liberaler Politiker und verkündete, er sei „entschlossen, die Staatsautorität in Berlin mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen“.

Trotz Verbotes sammelten sich am 1. Mai in Berlin Tausende von KPD-Anhängern. Polizisten, tagelang kaserniert und scharfgemacht, gingen brachial gegen Kundgebungsteilnehmer und Passanten vor, mit Gummiknüppeln und Pistolenschüssen. Dramatisch spitzte sich die Lage in der Kösliner Straße im Wedding zu. In dem Bezirk hatten bei der Reichstagswahl 1928 mehr als 40 Prozent KPD gewählt. In der Kösliner Straße, einem Elendsrevier mit feuchten Wohnungen voller Wanzen, lebten etwa 2500 Arbeiter und Arbeitslose, die mehrheitlich mit der KPD sympathisierten.

Anwohner bewarfen die einrückende Polizei mit Steinen und Flaschen, woraufhin die Beamten schossen. Nach dem Tod des Sozialdemokraten Gemeinhardt errichteten Bewohner Barrikaden aus Baumaterialien, Brettern und Röhren. Die Polizei feuerte massiv in die Straße und rückte schließlich mit Karabinern und einem Panzerwagen samt Maschinengewehr vor.

Vereinzelt schossen auch Straßenbewohner, ohne jedoch einen Polizisten zu treffen. Das Ergebnis der Polizeitaktik waren in Berlin bis zum 3. Mai 33 Todesopfer, unter ihnen ein neuseeländischer Journalist. Die KPD sprach von einem „Blutmai“ und nannte die SPD „Partei des Arbeitermordes“. Die SPD warf der KPD vor, sie habe zum 1. Mai „planmäßig“ einen „Putsch“ vorbereitet.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte kam nach einer Untersuchung im Oktober 1929 zu dem Schluss, die Polizei sei einer „Bürgerkriegspsychose“ erlegen.

Carl von Ossietzky, Herausgeber der unabhängigen linken Wochenzeitschrift „Die Weltbühne“, urteilte, Zörgiebel habe versucht, eine „Staatsautorität“ zu retten, „die durch nichts gefährdet war als durch die Unfähigkeit ihres Inhabers“.

Uwe Klußmann